

Thüringer Landtag - 7. Wahlperiode - 89. Sitzung – 21.09.2022

Redeauszug

Abgeordnete Dr. Bergner, Bürger für Thüringen

**Abgeordnete Dr. Bergner, Bürger für Thüringen (BfTh):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir haben heute einen Eilantrag eingereicht, den ich gern mit auf der Tagesordnung haben möchte. Es geht darum, die Grundsteuererklärung bürgernah zu vereinfachen und eine Fristverlängerung zu beantragen.

---

**a) auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Energiekrise eskaliert: endlich entschlossen handeln für Bürger und Wirtschaft in Thüringen“****Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer, das Land befindet sich in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Darin sind sich auch alle mehr oder weniger einig. Die CDU bringt hier die Energiepreise auf die Agenda – zweifellos ein überlebenswichtiges Thema für alle Menschen in unserem Land. Täglich hören und lesen wir neue Hiobsbotschaften von Unternehmen, die aufgeben, von Bürgern, die neue Abschlagszahlungen für Strom und vor allem für Gas leisten müssen, die nicht selten ein Vielfaches von dem Bisherigen betragen. Dies ist die Situation. Und was macht nun die Politik? Sie bringt kosmetische Maßnahmen auf den Weg, die nicht einmal die Kosten von einem Monat deckeln, geschweige nachhaltige, zukunftsorientierte Lösungen anbieten. Die Kraftstoffpreise sind bei uns bis zu 50 Cent höher als in unseren Nachbarländern Österreich und Polen. Das ist definitiv nicht vom Markt verursacht, sondern liegt in der Steuer- und Abgabepolitik unseres Landes begründet.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Die hohen Strompreise sind durch das Merit-Order-Verfahren an der Strombörse bedingt. Diese Rahmenbedingungen hat die Politik geschaffen und sie spielt damit unsägliche Gewinne in die Kassen der Energiekonzerne zulasten der Verbraucher und der Mittelständler. Das Merit-Order-Verfahren gehört abgeschafft und zwar sofort! Die Handwerker in Deutschland fordern Nord Stream 2 anstatt Gasumlage. Handwerker sind praktikabel denkende Menschen. Hier sollten Politiker mal den Dialog suchen. Damit können wir die Ursachen unserer aktuellen Krise beseitigen. Und was macht die Politik real? 300 Euro Einmalzahlung – und das nicht an alle; selbst für die, die es kriegen, ist es ein Tropfen auf den heißen Stein.

Jetzt sollen Unternehmen 3.000 Euro an ihre Mitarbeiter zahlen – dieselben Unternehmen, die ums Überleben kämpfen. Nun werden Sie sagen: Das betrifft nicht die Landespolitik, da sind uns die Hände gebunden. Das sehe ich anders. Warum gibt es im Bundesrat keine Initiative, die diesem Treiben ein Ende setzt? Sie brauchen doch nur die Bürger Ihrer Länder zu fragen, was die wirklich brauchen; gute Ratschläge zu Waschlappen und Raumtemperaturen sicherlich nicht. Auch in Thüringen sind die Probleme zum großen Teil hausgemacht, indem wir jahrelang bei der Energiepolitik einseitig auf volatile Energieträger gesetzt haben und zum Beispiel die hier im Lande entwickelten Natriumspeicher nicht in die Nutzung überführt haben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Den Rückbau der Förderanlagen unserer eigenen Gasvorkommen haben wir 2018 erfolgreich abgeschlossen. Glückwunsch zu solchen Fehlentscheidungen!

Wir haben jetzt eine dramatische Situation. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir Ursachen der Krise bekämpfen und nicht nur Symptome notdürftig kaschieren! Es gibt eine Reihe von Anträgen

hier im Plenum, die dieses Thema ansprechen. Auch wir haben dazu einige Anträge eingebracht. Ich bin gespannt, wie wirkungsvoll dieser Landtag handeln wird. Danke.

(Beifall Gruppe der BfTh)

**Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:**

Sehr geehrte Zuhörer! Herr Ministerpräsident, ich denke, wir sind uns alle einig, dass der Krieg eine schreckliche Sache ist. Der Krieg stürzt unser Europa ins Verderben. Deswegen möchte ich hier den Aufruf noch mal loswerden: Lassen Sie uns von Thüringen aus eine Friedensinitiative starten,

(Beifall Gruppe der BfTh)

eine Friedensinitiative, dass wir diese Auseinandersetzung an den diplomatischen Tisch zurückholen! Das ist doch wichtig.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Als Zweites möchte ich eine Sache von Ihnen aufgreifen, Herr Ministerpräsident: Merit-Order. Ich habe rausgehört, dass Sie – genau wie wir – dafür sind, dieses Merit-Order-Verfahren schnellstmöglich abzuschaffen. An der Stelle möchte ich Sie bitten, als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz in Deutschland eine Initiative zu starten, dass die Bundesregierung diese Sache abschafft. Das ist ganz wichtig und ich denke, das ist überlebenswichtig, dass unsere Strompreise nicht mehr an Herstellungskosten des höchsten Herstellungspreises gekoppelt sind. Da müssen wir ran und das muss doch mal unbürokratisch und schnell gemacht werden. Dann ist allen Menschen in diesem Land geholfen. Danke.

(Beifall Gruppe der BfTh)

---

**b) auf Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Thema: „Thüringer Handwerk am Limit – die Probleme des Handwerks in den Mittelpunkt der Politik stellen“**

**Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, auch hier bei der Aktuellen Stunde unserer Kollegen von der FDP-Gruppe geht es um Krisensituationen, wie die meisten Themen dieser heutigen Aktuellen Stunde. Dass das Handwerk explizit hier im Mittelpunkt steht, ist für mich kein Wunder, denn das Handwerk wird seit Jahren in der Realität vernachlässigt und die Politik hat immer nur warme Worte, anstatt mit Taten dem Handwerk bessere Rahmenbedingungen zu bieten. Die Energiepreise sind ein Punkt, der überall zutage tritt und auch das Handwerk enorm trifft. Fachkräftemangel ist schon lange diskutiert, aber gehandelt wird nicht. Das Handwerk erfährt nicht die verdiente gesellschaftliche Wertschätzung. Mit der Akademisierung der Berufe, dem Ziel, Abitur sei die Krönung der Ausbildung, demotivieren wir Jugendliche, in Handwerksberufe zu gehen. Wenn Kinder von Akademikern Handwerker werden, werden sie in der Statistik als Sozialabsteiger geführt. Genau hier müssen wir ansetzen.

(Zwischenruf Abg. Reinhardt, DIE LINKE: Statistik ändern!)

Wertschätzung drückt sich auch durch die Entlohnung aus. Ich bin davon überzeugt, dass sich das Lohngefüge dahingehend ändern wird, dass ein Handwerker in Zukunft wesentlich mehr verdienen wird, als so mancher Akademiker.

Da vertraue ich auf den Markt. Nur bis sich das gesellschaftlich in Deutschland durchgesetzt hat, werden wir noch viele Schmerzen leiden müssen, wenn wir nicht politisch die richtigen Weichen stellen. Wir Bürger für Thüringen sagen: Lust auf Lernen erzeugen, Lust auf Handwerk erzeugen, Lust auf Unternehmertum erzeugen, dazu brauchen wir Veränderungen im Bildungssystem. Wir müssen weg von der Schulpflicht hin zu einer Bildungspflicht. Wir müssen Kinder nicht zehn oder zwölf Jahre an die Schulbank fesseln, ohne etwas Handwerkliches, Praktisches gestalten zu dürfen. Hier sind zwingend Reformen erforderlich. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen!

In meinem Kindergarten gibt es eine Werkbank, wo die Kinder sägen, Nägel einschlagen und viel Freude dabei haben. Sie lernen von klein auf, wie wichtig es ist, eine Schutzbrille zu tragen oder Schutzhandschuhe anzuziehen. Da wir alle das Handwerk brauchen – und wir erleben gerade hautnah, dass auch die mangelnde politische Priorisierung hier zu Mangel geführt hat. Und das betrifft auch die Baustellen der öffentlichen Hand, was sich in explodierenden Kosten und immer längeren Bauzeiten widerspiegelt. Im Wirtschaftsausschuss konnte man das am Beispiel des Hotelneubaus von „Grand Green“ in Oberhof hautnah erleben. Heute Abend treffen wir mit Handwerkern zusammen. Nehmen wir ihr Positionspapier ernst, denn ihre Forderungen sind aus dem Leben gegriffen und aus meiner Sicht umsetzbar. Es braucht nur den politischen Willen dazu. Danke.

(Beifall Gruppe der BfTh)

---

**d) auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Heißer Herbst‘ in Thüringen – die Forderungen der Bürger auf den Straßen und Plätzen des Freistaats ernst nehmen“**

**Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer, man braucht kein Prophet zu sein, um einen heißen Herbst für Thüringen, für ganz Deutschland und weite Teile Europas vorherzusagen. Galoppierende Inflation, besonders durch die Energiepreissteigerung hervorgerufen, ist das eine. Existenzangst, verlorenes Vertrauen in die Politik, die Sehnsucht nach Frieden, keine Zwangsimpfungen, ein offener Umgang mit den Nebenwirkungen der Impfungen, Maskenpflicht und die psychischen Schäden unserer Kinder durch die Coronamaßnahmen sind alles Dinge, die die Menschen auf die Straße treiben.

Hier ist es an der Zeit, dass wir Politiker die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wir müssen zu den Menschen gehen, ihnen zuhören und mit ihnen reden und mit ihnen gemeinsam Lösungen finden. Denn ein guter Politiker kann zuhören. So habe ich das 1990 von FDP-Politikern gelernt. Aus dem Gehörten müssen wir etwas Sinnvolles zum Nutzen der Menschen umsetzen. Wichtig ist, dass das bei den Menschen ankommt, dass sie wahrnehmen, dass die Politik etwas für sie tut. Wir alle wissen: Gehört ist noch lange nicht verstanden, verstanden ist noch lange nicht akzeptiert und akzeptiert ist noch lange nicht umgesetzt. Und wenn es schon beim Zuhören scheitert, haben wir ein fundamentales Problem. Wenn man hört, wenn man zuhört, aber missversteht, setzt sich die Problemkette fort und es wird keine Lösungen geben. Es ist keine Lösung, Menschen, die ihre Sorgen

in Demos zum Ausdruck bringen, als rechtsradikal einzustufen und sie gesellschaftlich zu diffamieren, und

(Beifall Gruppe der BfTh)

Querdenker zum Schimpfwort zu machen. Es ist keine Lösung, auch die Armee zu mobilisieren, um gegen Demonstranten vorzugehen. Es ist auch keine Lösung, mit Gewalt zu drohen – so wörtlich: Wir sind vorbereitet für Auseinandersetzungen.

Ich habe vor vielen Jahren Sigmar Gabriel hohen Respekt gezollt, als er nach Dresden gefahren ist, um sich mit den Pegida-Demonstranten zu unterhalten. Was ich nie verstanden habe, war, welcher Sturm der Entrüstung von den Medien und der Politik für sein Verhalten losgetreten wurde. Für mich liegt die Lösung im Dialog und nicht im Monolog.

Ich rufe von hier aus alle Beteiligten zum Dialog auf. Ich weiß, dass die Dialogbereitschaft auch von den Menschen auf der Straße vorhanden ist. Danke.

(Beifall Gruppe der BfTh)

---

**e) auf Antrag der Parlamentarischen Gruppe der BfTh zum Thema: „Angst als Mittel der Politik, gestörtes Vertrauen in die Politik – wie können Angst abgebaut und Vertrauen in die Landespolitik zurückgewonnen werden?“**

**Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, liebe Zuhörer, wir alle beklagen, dass das Vertrauen in die Politik verloren gegangen ist. Nach einer Forsa-Umfrage für RTL vom 6. September dieses Jahres trauen 60 Prozent der Menschen keiner Partei mehr zu, zu aktuellen Problemen Lösungen zu finden. Unterhalte ich mich mit Menschen am Biertisch, auf der Straße oder bei Demos, so stelle ich fest, dass sich ihre konstruktive Sorge in pure Angst verwandelt hat. Angst wird verbreitet durch die Medien und durch die handelnden Politiker

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind auch eine!)

– Angst vor CO<sub>2</sub>, Angst vor Corona, Angst vor Kälte, Angst vor Krieg. Und das alles so, als ob es gottgegeben wäre und nicht das Ergebnis unseres Handelns sei. Dabei glauben Jugendliche sogar, dass CO<sub>2</sub> das Ozonloch vergrößert.

Jetzt sollte es doch die Aufgabe der Politik sei, den Menschen die Angst zu nehmen, mit ihrem Handeln Vertrauen zu schaffen. Das geht nur, wenn Fachmeinungen ideologiefrei geäußert werden können und ein ehrliches Ringen um die beste Lösung auf Basis des aktuellen Wissensstands stattfindet. Dazu gehören Meinungsvielfalt, spezifisches Monitoring von Entscheidungen, Kurskorrekturen. All das passiert nicht. Das erleben die Menschen in unserem Land tagtäglich. Sie haben auf ihrem Spezialgebiet viel Fachwissen und politisches Handeln steht dem entgegen. Das macht Angst. Fachmeinungen, die nicht in die entsprechende Ideologie passen, werden sanktioniert und damit totgemacht. Das heißt im Klartext, dass vorhandenes Wissen in der Gesellschaft bewusst ignoriert wird, und das ist gefährlich.

Ich habe als Abgeordnete sehr viele Gespräche mit Professoren verschiedenster Fachbereiche, mit Beratern der Landesregierung, mit leitenden Beamten und Mitarbeitern des öffentlichen Diensts geführt. Ich wollte verstehen, warum sie so handeln, wie sie handeln, und auf welcher fachlichen Grundlage sie so handeln. Ich habe mit verantwortungsbewussten und hervorragenden Fachleuten gesprochen, deren Argumente für mich meistens nachvollziehbar waren, und auf meine Frage, warum das dann keine Anwendung findet und ob ich sie irgendwie durch parlamentarische Aktivitäten dabei unterstützen kann, erhielt ich resignierende Antworten, zum Beispiel: Ich habe meine berufliche Karriere noch vor mir. Ich werde mich nicht aus dem Fenster lehnen. Sie haben schon recht, aber ich werde mich nicht gegen die Anweisungen meines Chefs stellen und diesen Lösungsweg vorantreiben. Mein Rektor hat mir eine öffentliche Diskussion mit einer CO<sub>2</sub>-kritischen Meinung verboten. Ich halte mich seither aus kritischen Themen zurück. – Und, ich sagen Ihnen, das macht mir Angst.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, Sie machen mir auch Angst!)

Dann habe ich die Worte von Herrn Minister Hoff während einer Regierungserklärung im Ohr. Hier kann jeder seine Meinung frei äußern, er muss nur mit den Konsequenzen leben. Wenn die Konsequenzen dann heißen, berufliche Karriere ade, Kündigung, öffentliche Diffamierung, dann ist das eine Situation, die für die Menschen unerträglich ist. Wenn verantwortungsbewusste Ärzte sich mit einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten und die Sozialministerin wenden, weil sie auf ihre Fragen keine Antwort bekommen, und dann in der Zeitung zu lesen ist, dass sie wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren würden, dann ist das unerträglich. Eine solche Situation macht viele krank und zerstört Existenzen. Mit solchem Handeln schafft man kein Vertrauen. Aus der Psychologie ist bekannt: Wenn Menschen aus Angst etwas ständig tun müssen, was ihnen von innen heraus widerstrebt, dann entwickeln sich Aggressionspotenziale und das hängt nicht vom Bildungsgrad ab. Deshalb mein Appell an alle politisch Verantwortlichen in Thüringen: Handeln Sie richtig, bevor es zu spät ist.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Handwerker: Wir wollen keine Hilfen, die wir danach um ein Vielfaches zurückzahlen müssen.

(Beifall BfTh)

Wenn

(Beifall BfTh)

---